



1 Linke Impulse für 2025

2 Unsere wichtigsten Impulse auf einen Blick

3 **Arbeitswelt**

- 4 ✓ Ausweitung der Mitbestimmung
- 5 ✓ Erhöhung der Tarifbindung etwa durch Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von
- 6 Tarifverträgen
- 7 ✓ Einführung der 4-Tage-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- 8 ✓ Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro und Reform der Mindestlohnkommission

9

10 **Sozialstaat**

- 11 ✓ Aufsuchender Sozialstaat durch proaktive Angebote an mögliche Berechtigte
- 12 ✓ Einführung einer allgemeinen Erwerbstätigenversicherung für eine gerechte
- 13 Rente
- 14 ✓ Einführung einer allgemeinen Bürger*innenversicherung

15

16 **Wohnen**

- 17 ✓ Priorität für den sozialen Wohnungsbau
- 18 ✓ Einführung einer Bodensteuer
- 19 ✓ Einführung eines Mietendeckels
- 20 ✓ Neubau von 400.000 bezahlbaren Wohnungen pro Jahr umsetzen

21

22 **Bildung, Kinder und Jugend**

- 23 ✓ Einführung eines kostenfreien hochwertigen und gesunden Mittagessens bzw.
- 24 Frühstück in Bildungseinrichtungen und Kita-Platz-Ausbau
- 25 ✓ Einführung einer ordentlichen Kindergrundsicherung
- 26 ✓ Kooperationsverbot durch Kooperationsgebot ersetzen
- 27 ✓ Stärkung der politischen Bildung in formalen und non-formalen Bildungsorten

28

29 **Flucht und Migration**

- 30 ✓ Gerechte Verteilung der Geflüchteten innerhalb der EU
- 31 ✓ Finanzielle Unterstützung von aufnahmewilligen Kommunen
- 32 ✓ Bearbeitung von Asylanträgen ausschließlich innerhalb der EU
- 33 ✓ Entkriminalisierung der humanitären Seenotrettung und Schaffung legaler
- 34 Fluchtwege
- 35 ✓ Einführung eines Europäischen Einwanderungsgesetzes
- 36
- 37 **Frieden und Internationales**
- 38 ✓ Erhöhung der Haushaltsmittel für zivile Konfliktlösung und Krisenprävention
- 39 ✓ Stopp bzw. mindestens Einschränkung von Waffenexporten
- 40 ✓ Absenkung der Rüstungsausgaben und des Verteidigungshaushaltes
- 41 ✓ Deutschland soll Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen
- 42
- 43 **Klima, Umwelt**
- 44 ✓ Einführung einer CO2-Steuer gepaart mit sozial gestaffeltem Klimageld
- 45 ✓ Ausbau des Schienen- und Radverkehrs
- 46 ✓ Wiedereinführung des 9-Euro-Tickets und langfristig kostenloser ÖPNV
- 47 ✓ Ausbau Erneuerbarer Energien mit besserer finanzieller Beteiligung von
- 48 Kommunen und Anwohner*innen
- 49
- 50 **Wirtschaft,**
- 51 ✓ Verbesserung des Lieferkettengesetzes
- 52 ✓ Begünstigung von klimaschonenden Investitionen
- 53 ✓ Abschaffung der Schuldenbremse
- 54
- 55 **Steuern**
- 56 ✓ Wiedereinführung der Vermögenssteuer,
- 57 ✓ Angemessene Besteuerung hoher Erbschaften
- 58 ✓ Erhöhung des Spitzensteuersatzes für sehr gut Verdienende
- 59 ✓ Einführung einer Kapitalertragssteuer

60 Einleitung

61 Es ist nicht die Aufgabe der Sozialdemokratie, die Interessen der Milliardär*innen und
62 Multi-Millionär*innen in unserer Gesellschaft politisch zu vertreten, sondern die der
63 Beschäftigten. Weder die Familie Klatten/Quandt, die große Anteile an BMW besitzen,
64 noch Dieter Schwarz, dem die Kaufmarktketten LIDL und Kaufland gehören, oder andere
65 Milliardär*innen brauchen die SPD. Auf die Sozialdemokratie bauen die arbeitenden
66 Menschen, all diejenigen, die bei BMW, LIDL und in den vielen anderen Unternehmen und
67 Betrieben dieses Landes arbeiten oder sonst von Erwerbstätigkeit abhängig sind oder
68 waren, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Auf die Sozialdemokratie bauen Menschen,
69 die im Zusammenhang mit dieser Erwerbstätigkeit in der Regel unbezahlte Care Arbeit
70 leisten.

71 Unsere Gesellschaft wird seit längerem von vielfältigen Krisen geprägt. Preissteigerungen,
72 Kriege und internationale Spannungen, eine Zunahme populistischer Bewegungen und
73 Angriffe auf die Demokratie von Rechts, der Klimawandel und Migration – diese und viele
74 weitere Gründe tragen bei vielen Menschen zu einem Gefühl von Unsicherheit bei.
75 Gleichzeitig hat die soziale Spaltung in den vergangenen Jahren weiter zugenommen.
76 Sowohl bei den Einkommen als auch bei der Vermögensverteilung ist die Schere weiter
77 auseinandergegangen. Das Anwachsen von Migrationsbewegungen infolge von
78 Gewaltkonflikten und der fortschreitenden Klimaverschlechterung erfordert eine massive
79 Verstärkung einer solidarischen internationalen Politik. Das bedeutet, dass die reichen
80 Industriestaaten als Hauptverursacher und Hauptprofiteure von Aufrüstung und Kriegen
81 einen viel größeren Beitrag zu weltweit ziviler Entwicklung leisten müssen; zugleich sind
82 sie auch viel stärker in Verantwortung zur Reparatur und Vermeidung von Klimaschäden
83 zu bringen. Dies wiederum geht nur, wenn diese Lasten nicht den Normal- oder gar
84 Geringverdiener*innen aufgebürdet werden, sondern den Reichen und Überreichen (die
85 ja die Hauptprofiteur*innen sind) ein sehr viel größerer Beitrag zur Finanzierung dieser
86 Verpflichtungen abgefordert wird.

87 Wir brauchen heute eine Sozialdemokratie, die unmissverständlich die Interessen
88 arbeitender Menschen vertritt und sich an die Seite jener stellt, die auf unsere Solidarität
89 angewiesen sind, wie etwa Geflüchtete, Bürgergeldempfänger*innen oder all jene, die
90 unbezahlte Care-Arbeit leisten. Die zunehmend sich an den rechten und rechtsradikalen
91 Tendenzen in der Gesellschaft und in den Medien orientierenden Positionen von
92 CDU/CSU sowie die Positionen der rechtsradikalen und rechtsextremistischen Parteien
93 im sozialen, wirtschaftlichen und migrationspolitischen Bereich verurteilen und
94 bekämpfen wir vor allem im Hinblick auf das Wahljahr 2025.

95 Mit anderen Worten: Die SPD muss sich endlich wieder der Klassenauseinandersetzung
96 widmen. Dies hat sie zu lange nicht getan. Das heißt, dass wir uns wieder der
97 Verteilungsfrage widmen müssen – etwa durch die Besteuerung von sehr hohen
98 Einkommen und Vermögen sowie Erbschaften, um zum Beispiel eine gute
99 Daseinsvorsorge für alle zu gewährleisten zu können. Das heißt, dass wir für eine
100 Demokratisierung der Arbeitswelt kämpfen müssen, damit nicht mehr Einzelne alle
101 wichtigen Entscheidungen in der Wirtschaft treffen, sondern wir alle – zusammen und
102 demokratisch. Das heißt, dass wir die Profitlogik überwinden müssen, um allen
103 Menschen das Recht auf ein gutes Leben zu sichern, unabhängig von ihrer Fähigkeit,
104 effizient oder produktiv zu sein. Das heißt, dass wir dafür sorgen müssen, dass die
105 Menschen die Möglichkeit bekommen sollen, souverän über ihre Zeit verfügen zu können.

106 Mit unseren „Linken Impulsen 2025“ wollen wir unsere Schwerpunktthemen für das SPD-
107 Regierungsprogramm für die kommende Bundestagswahl in die Partei hineinragen. Es
108 geht uns dabei nicht darum, ein umfassendes Wahlprogramm zu erstellen, sondern
109 darum, uns auf wesentliche Impulse zu fokussieren, die uns aus linker Perspektive
110 besonders wichtig erscheinen. Das sind die Punkte gesellschaftlicher
111 Auseinandersetzungen, an denen sich der Gegensatz zwischen der
112 Bevölkerungsmehrheit und den Kapitalist*innen besonders deutlich zeigt und die unserer
113 Meinung nach essentiell sind, um eine gerechtere Gesellschaft zu erreichen.

114 **Arbeitswelt**

115 Wir setzen uns für eine umfassende Demokratisierung aller Lebensbereiche ein.
116 Demokratische Prinzipien müssen auch in der Arbeitswelt und Wirtschaft gelten. Derzeit
117 verfügen Betriebs- und Personalräte jedoch nur über eingeschränkte
118 Mitbestimmungsrechte. Daher fordern wir, die **Mitbestimmungsrechte von Betriebs-**
119 **und Personalräten auch auf unternehmerische Fragen auszuweiten.**¹ Wichtige
120 Entscheidungen in ihren Betrieben sollten nicht über die Köpfe der Beschäftigten hinweg
121 getroffen werden. Mitarbeiter*innen sollen so aktiv Einfluss auf Entscheidungen nehmen
122 können, die etwa den Produktionsprozess oder Standortverlagerungen, Transformation
123 oder Klimaschutz betreffen. Auch Qualifizierung und Weiterbildung oder die
124 Personalplanung und -bemessung müssen Gegenstand der Mitbestimmung werden.
125 Dadurch können Arbeitnehmer*innen-Vertretungen Einfluss auf die Arbeitsintensität
126 nehmen und mögliche gesundheitliche Belastungen etwa durch hohen Zeitdruck am
127 Arbeitsplatz reduzieren. Betriebs- und Personalräte können auch dazu beitragen,
128 wichtige soziale Fragen zu bearbeiten, indem sie zum Beispiel bei Fragen der
129 Geschlechtergerechtigkeit oder sozialer Integration mitbestimmen.

130 Aktuell bleiben Unternehmen, die Betriebsräte sabotieren, ohne ernsthafte
131 Konsequenzen, da die zu erwartenden Strafen gering sind. Wer Betriebsratsarbeit
132 einschränkt, handelt jedoch antidemokratisch. Deshalb muss die **Be- oder**
133 **Verhinderung von Betriebsratsgründungen** als **Offizialdelikt** eingestuft werden, Auch
134 der bloße Versuch ist als Straftat zu werten. Arbeitgeber*innen bedienen sich
135 verschiedener Mittel, um Gewerkschafter*innen und Betriebsrät*innen einzuschüchtern,
136 darunter auch Schikanen am Arbeitsplatz. Die verschiedenen Formen der
137 Beeinträchtigung von Betriebsratsarbeit müssen rechtlich abgebildet werden.
138 Staatsanwaltschaften benötigen ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen,
139 um diesen Delikten nachzugehen. Dafür braucht es auf Länderebene

¹ Während sich bei Personalräten die Mitbestimmung bei unternehmerischen Fragen auf den öffentlichen Dienst beschränkt, stehen Betriebsräte in Konflikt mit kapitalistischen Interessen.



140 Schwerpunktstaatsanwaltschaften. Auch die Umgehung von Mitbestimmung durch
141 windige Firmen-Konstruktionen muss verhindert und sanktioniert werden.

142 Betriebs- und Personalrät*innen kommen in der Regel aus der betrieblichen Praxis und
143 sind oft keine Expert*innen in juristischen Fragen. Um dennoch auf Augenhöhe mit der
144 Geschäftsleitung verhandeln zu können, sind **umfassende Schulungen** unverzichtbar.
145 Arbeitnehmer*innenvertretungen haben ein Recht auf Schulung, die unverzichtbar für
146 ihre erfolgreiche Arbeit sind. Betriebs- und Personalräte können vor allem dann wirksam
147 für die Rechte ihrer Kolleg*innen eintreten, wenn sie über ausreichend Wissen verfügen.
148 Schulungen müssen daher Vorrang vor betrieblichen Angelegenheiten haben. Die Kosten
149 der Schulung sind zudem vom Arbeitgeber zu tragen. Zudem müssen Betriebs- und
150 Personalräte die Möglichkeit haben, eigenständig Expert*innen hinzuziehen, deren
151 Kosten durch den Arbeitgeber zu tragen sind. Gute Arbeitsbedingungen sind nicht ohne
152 Gewerkschaften zu denken. Politisch setzen wir uns dafür ein, dem sinkenden
153 Organisationsgrad der Gewerkschaften entgegenzuwirken und Tarifflicht durch
154 Unternehmen zu unterbinden. **Allgemeinverbindlichkeitserklärungen** sind ein
155 wichtiges Instrument, um eine höhere Tarifbindung zu fördern. Ein weiteres Instrument ist
156 ein Tariftreugesetz auf Bundesebene, wonach öffentliche Aufträge nur noch an
157 tarifgebundene Unternehmen vergeben werden dürfen. Ein weiteres Problem stellen
158 sogenannte OT-Mitgliedschaften („ohne Tarifbindung“) in Arbeitgeberverbänden dar. Eine
159 Mitgliedschaft in einem Arbeitgeberverband muss für Unternehmen mit der Verpflichtung
160 einhergehen, sich an vereinbarte Tarifverträge zu halten.

161 Zudem setzen wir uns für ein **Verbandsklagerecht für Gewerkschaften** ein. Viele
162 Beschäftigte scheuen den rechtlichen Weg, wenn tarifliche oder arbeitsrechtliche
163 Bestimmungen verletzt werden, da sie Benachteiligungen am Arbeitsplatz befürchten.
164 Gewerkschaften sollten in solchen Fällen stellvertretend für ihre Mitglieder rechtlich
165 vorgehen können.

166 Lohnarbeit ist für viele Menschen eine zentrale Säule in ihrem Leben. Sie schafft
167 Identifikation, gibt Sinn und ermöglicht Teilhabe. Wir setzen uns für ein **Recht auf Arbeit**
168 ein. Es ist Aufgabe des Staates, strukturelle Rahmenbedingungen zu schaffen, damit

169 Menschen, die ihre Arbeit verloren haben, aber wieder arbeiten wollen, in Arbeit kommen.
170 Rechtskonservative und Populist*innen versuchen im öffentlichen Diskurs, arbeitende
171 Menschen gegen Menschen auszuspielen, die keine Arbeit haben oder aufstocken
172 müssen, weil sie im Niedriglohnssektor arbeiten. Solchen Versuchen treten wir
173 entschieden entgegen. Menschen verdienen Respekt und Anerkennung unabhängig
174 davon, ob oder welcher Lohnarbeit sie nachgehen.

175 Nicht nur Lohnarbeit ist Arbeit. Noch immer schultern insbesondere Frauen nach ihrer
176 bezahlten Arbeit Care-Aufgaben für Familie, Freund*innen und im Haushalt, die nicht
177 entlohnt sind. Um eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Leben und Beruf und mehr
178 Souveränität über die eigene Zeit zu schaffen, setzen wir uns für eine
179 **Arbeitszeitverkürzung** ein. Mit einer Viertage-Woche (32 Stunden) tragen wir zu einer
180 höheren Zufriedenheit bei und reduzieren Risiken für die psychische und physische
181 Gesundheit. Dies muss bei vollem Lohn- und Personalausgleich umgesetzt werden.

182 Gleichzeitig muss jede*r von der eigenen Arbeit gut leben können. Wir brauchen
183 armutsfeste Löhne für alle Beschäftigten. Daher setzen wir uns für einen **Mindestlohn**
184 **von 15€** ein. Die Festsetzung des Mindestlohns muss in Konsens mit den Gewerkschaften
185 getroffen werden. Daher muss die Besetzung der Kommission überarbeitet werden. Die
186 Höhe des Mindestlohns soll künftig bei 60 % des Medianlohns liegen. Eine Abweichung
187 davon soll nur mit Zustimmung der Gewerkschaften möglich sein.

188 Besonders Arbeitnehmer*innen in Leih- oder Zeitarbeitsfirmen sind von prekären
189 Arbeitsbedingungen betroffen. Wir setzen uns für ein **Zurückdrängen von Leiharbeit** dort
190 ein, **wo reguläre Arbeitsbedingungen durch prekäre ersetzt werden**. Leih- und
191 Zeitarbeit hat auch negative Auswirkungen auf die gesamte Belegschaft, da der
192 Zusammenhalt durch ständig wechselnde Kolleg*innenschaft aufgelöst und diese
193 gespalten werden kann. Leiharbeiter*innen werden aktuell bilanziell nur als Material
194 ausgewiesen. Künftig sollen Leiharbeiter*innen auch als Beschäftigte bilanziell erfasst
195 werden, damit es einen Anreiz gibt, stärker auf eigene Mitarbeiter*innen zu setzen.

196

197 Die Dekarbonisierung und der rasante digitale Wandel verändern die Arbeitswelt
198 tiefgreifend. Neben öffentlichen Investitionen und einer strategischen Industrie- und
199 Dienstleistungspolitik, kommt auch hier der Mitbestimmung eine zentrale Bedeutung zu.
200 Regional organisierte „**Transformationsräte**“, bestehend aus Vertreter*innen aus Politik,
201 Wirtschaft, Gewerkschaften, Betriebsräten und Zivilgesellschaft, können Ideen und
202 Maßnahmen entwickeln, die den **sozial-ökologischen Wandel** auf Basis von
203 Erfahrungen aus der Praxis und fundierter Expertise gestalten. Durch die Einbeziehung
204 relevanter Akteur*innen wird ein demokratischer Prozess gewährleistet, der sich nicht an
205 Kapitalinteressen orientiert.

206 Der aufsuchende Sozialstaat

207 Die aktuelle Politik setzt bewusst Hürden, damit Leistungen an berechnigte Menschen
208 nicht gezahlt werden müssen, oder diese erst gar keinen Antrag stellen. Das zeigt sich
209 zum Beispiel bei der geringen Antragsquote für die Grundsicherung im Alter oder der
210 Nichtinanspruchnahme von Wohngeld in teuren Städten, wo dieser Anspruch auch bei
211 höheren Einkommen besteht. Neben persönlichen Gründen, wie dringender Care Arbeit,
212 unzuverlässiger Mobilität, oder psychischen Erkrankungen, sind schwer verständliche
213 Formulare, unklare Anspruchsvoraussetzungen sowie auch Scham und Angst vor
214 Stigmatisierung dafür verantwortlich. Wir wollen deshalb statt des ineffektiven und damit
215 zielwidrigen Antragssystems einen aufsuchenden Sozialstaat schaffen.

216 Wir wollen, dass Ämter, die Daten zu relevanten **Kriterien für jegliche soziale**
217 **Leistungen erheben, diese automatisch auswerten** und ihr **Prüfungsergebnis direkt**
218 **an die für die Gewährung zuständige Behörde melden**. Dadurch werden auch die
219 Mitarbeiter*innen von einzelnen langwierigen Prüfungen entlastet.

220 Wir wollen, dass die zuständige Stelle die nach den Prüfungsergebnissen voraussichtlich
221 Berechnigten per Post über die Leistungsberechtigung informiert. Falls die Daten
222 ausreichend vorliegen, wird die Sozialleistung sofort ausgezahlt. Wenn nötig, wird
223 kurzfristig zu einer leicht verständlichen Beratung eingeladen, bei der weitere Daten zur
224 Prüfung und Auszahlung der Sozialleistung erhoben werden. Wenn ein Termin abgesagt
225 oder verpasst wird, wird nach kurzer Zeit eine Wiederholungseinladung erstellt.

226 Wir wollen, dass Menschen, die Beratungen nicht wahrnehmen können, **aktiv von**
227 **geschulten Mitarbeiter*innen kontaktiert** werden, um ihnen eine ihren
228 Lebensumständen angepasste Unterstützung anzubieten und damit ihre Lebenssituation
229 zu verbessern. Dazu können Expert*innen aus unterschiedlichen Fachbereichen
230 eingebunden werden und Beratungen zu Hause stattfinden. So werden grundlegende
231 Ursachen von Ausgrenzung und Verfestigung von Armut bekämpft und die
232 Selbstständigkeit der Menschen befördert.

233 Da nicht alle Berechtigten Daten bei staatlichen Ämtern erzeugen, wollen wir, dass die
234 zuständigen Behörden **Menschen, zu denen sie keine Prüfungsergebnisse erhalten,**
235 **aktiv aufsuchen und eine leicht verständliche Beratung zu möglichen Förderungen**
236 **anbieten.** Wie früher die „Rentenboten“ sollen diese Mitarbeiter*innen in ihrem
237 Zuständigkeitsbereich gut bekannt sein und auch als Ansprechpartner*innen für die
238 Bevölkerung dienen.

239 Durch die gute Bindung zu ihrem Gebiet, können Missstände fachkundig erkannt und
240 Menschen über ihre Rechte, zum Beispiel als Mieter*innen, aufgeklärt werden. Vor allem
241 Frauen, Migrant*innen, aber auch junge Familien und Rentner*innen sind oft nicht
242 ausreichend informiert und profitieren von der direkten Ansprache. Die **staatlichen**
243 **Behörden müssen sich als Dienstleister verstehen** und danach handeln.

244 Wir wollen, dass der aufsuchende Sozialstaat die politisch beschlossene Sozialpolitik
245 endlich effektiv umsetzt, auf unverschuldete persönliche Einschränkungen zielgerichtet
246 eingeht, durch persönliche Gespräche informiert und Verständnis schafft und die intime
247 Auflistung persönlicher Umstände in unpersönlichen Formularen ablöst. Auch fordern
248 wir ein Recht auf analoge Teilhabe in der digitalen Welt. Damit verbessern wir sowohl die
249 Resilienz als auch die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft.

250

251 *Einführung einer allgemeinen Erwerbstätigenversicherung für eine gerechte Rente**

252 *Unser Modell für die Zukunft*

253 Wir setzen uns für eine zukunftssichere und gerechte Altersvorsorge ein, die allen
254 Erwerbstätigen in Deutschland eine stabile und verlässliche Rente garantiert. Um dies zu
255 erreichen, schlagen wir die Einführung einer allgemeinen **Erwerbstätigenversicherung**
256 nach dem Vorbild erfolgreicher Modelle aus Österreich oder der Schweiz vor. Unser
257 Ansatz gewährleistet, dass **alle Einkommensgruppen** leistungsgerecht **in die**
258 **Rentenversicherung einzahlen** und von ihr fair profitieren.

259



260 *Ein solidarisches Rentensystem für alle Erwerbstätigen*

261 Die Erwerbstätigenversicherung steht für einen Systemwechsel hin zu einer solidarischen
262 Altersvorsorge, in die alle Erwerbstätigen einbezogen werden – unabhängig davon, ob sie
263 angestellt, selbstständig, verbeamtet oder freiberuflich tätig sind. Dieses breite
264 Beitragsfundament stärkt die finanzielle Basis der Rentenversicherung und schafft so
265 langfristige Stabilität.

266

267 *Grundprinzipien des Modells:*

268 1. **Pflicht zur Beitragszahlung für alle Erwerbstätigen:** Durch die Einbeziehung
269 aller Erwerbstätigen, einschließlich Selbstständiger und Beamter, schaffen wir ein
270 gerechteres System, das sich an der Leistungsfähigkeit orientiert.

271 2. **Beitragsbemessung und Solidarität:** Unsere Erwerbstätigenversicherung soll
272 ohne eine Beitragsbemessungsgrenze eingeführt werden, damit gerechte Beiträge
273 gefördert und Spitzenverdiener*innen angemessen einbezogen werden. Der
274 monatliche Leistungsbezug soll gedeckelt werden. Damit kann eine echte
275 Solidarität garantiert werden.

276 3. **Anhebung des Rentenniveaus:** Ein breiteres Beitragsaufkommen ermöglicht es
277 uns, das Rentenniveau anzuheben und damit Altersarmut wirksam zu bekämpfen.
278 Die Erfahrungen in Österreich zeigen, dass ein höheres Rentenniveau erreichbar
279 ist, ohne die Finanzierung der Renten zu gefährden.

280

281 *Einführung einer Bürger*innenversicherung in der Kranken- und Pflegeversicherung*

282 Wir stehen für ein solidarisches und gerechtes Gesundheitssystem, das allen Menschen
283 den gleichen Zugang zu hochwertiger medizinischer und pflegerischer Versorgung
284 ermöglicht – unabhängig von Einkommen, sozialem Status oder individuellen



285 Lebenslagen. Um diese Vision zu verwirklichen, setzen wir uns für die Einführung einer
286 Bürger*innenversicherung in der Kranken- und Pflegeversicherung ein.

287

288 *Gleiche Gesundheitsversorgung für alle*

289 Die aktuelle Trennung zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung führt zu
290 einer Zwei-Klassen-Medizin, die wir überwinden müssen. Unser Ziel ist ein System, in
291 dem alle Bürger*innen nach denselben Regeln versichert sind. Die
292 Bürger*innenversicherung vereint alle Versicherten – auch Abgeordnete und
293 Beamt*innen – in einem solidarisch finanzierten System und stärkt die Prinzipien der
294 Gleichheit und Solidarität. Alle Menschen, unabhängig von ihrem Einkommen, sollen den
295 gleichen Zugang zu den besten Behandlungen und Versorgungsstandards haben.

296

297 *Solidargemeinschaft durch gerechte Beiträge stärken*

298 Mit der Bürger*innenversicherung werden **alle Einkommensarten** – nicht nur Löhne,
299 sondern auch Kapitaleinkünfte und Mieteinnahmen – **zur Beitragsberechnung**
300 **herangezogen**. Auch bei der Krankenversicherung wollen wir die
301 Beitragsbemessungsgrenze anheben und perspektivisch abschaffen, bei gleichzeitiger
302 Anhebung der Versicherungspflichtgrenze. Dies stellt sicher, dass die finanzielle Last
303 fairer verteilt wird und alle nach ihrer Leistungsfähigkeit zur Finanzierung des Systems
304 beitragen. Gleichzeitig können so Beitragssteigerungen für mittlere und untere
305 Einkommen begrenzt werden.

306

307 *Mehr Versorgungsgerechtigkeit und Prävention*

308 Ein einheitliches Versicherungssystem verbessert die Versorgung und beseitigt
309 systembedingte Unterschiede zwischen gesetzlich und privat Versicherten. Die
310 Bürger*innenversicherung fördert **präventive Maßnahmen**, die allen zugutekommen,

311 und sorgt für eine koordinierte und qualitativ hochwertige Pflege und medizinische
312 Betreuung.

313 Gesundheitsversorgung bedeutet jedoch nicht nur das Heilen von Kranken, sondern
314 muss bei Gesundheit anfangen. Nur wenn das Gesundheitssystem gemeinsam mit
315 weiteren politischen Bereichen einen großen Fokus auf Gesundheitsförderung und
316 Krankheitsprävention sowie Gesundheitskompetenzförderung legen, können
317 Bürger*innen sich aus eigener Kraft, emanzipativ und selbstbestimmt gesund halten.

318

319 *Klare Perspektiven für die Pflegeversicherung*

320 Auch in der Pflegeversicherung wird die Bürger*innenversicherung im Sinne einer
321 Pflegevollversicherung für bessere soziale Absicherung und mehr Gerechtigkeit sorgen.
322 Wir wollen die Pflege zukunftsfest machen und Angehörige wie Pflegekräfte stärker
323 unterstützen. Hierzu muss die Versicherung nachhaltig auf neue Beine gestellt werden.
324 Eine **bessere Absicherung von Pflegeleistungen und die Anhebung des Pflegeniveaus**
325 für alle Versicherten sind dabei zentrale Ziele.

326 Gesundheit ist Daseinsvorsorge, daher fordern wir eine **Rückführung von**
327 **z. B. Krankenhäusern, Pflegeheime usw. in staatliche Hand.** Kreise und Kommunen
328 bedürfen eine finanzielle Ausstattung, um diese Aufgaben zu meistern.

329

330 *Unser Ziel* Eine gerechte und solidarische Gesundheitsversorgung*

331 Mit der Einführung der Bürger*innenversicherung setzen wir ein starkes Zeichen für
332 soziale Gerechtigkeit. Wir stehen für ein Gesundheitssystem, das auf Solidarität und
333 Gleichheit basiert und in dem niemand zurückgelassen wird.

334 Ein solidarisch finanziertes Gesundheits- und Pflegesystem ist nicht nur gerechter,
335 sondern auch ein Schritt hin zu einer starken und verlässlichen Gesellschaft, die auf
336 Zusammenhalt und Gerechtigkeit baut.

337 **Bezahlbarer Wohnraum**

338 Wohnen ist für viele Menschen zu einer überproportionalen finanziellen Belastung
339 geworden. Der Anteil am Einkommen, der für Miete oder auch Wohnen im Eigentum
340 ausgegeben werden muss, übersteigt in vielen Fällen mehr als ein Drittel des
341 Nettoeinkommens. Die Zahl der Sozialwohnungen ist gemessen am Bedarf massiv
342 zurückgegangen, ebenso der Bestand an Wohnungen mit Mietpreisbindung.

343 Der **soziale Wohnungsbau** hat für uns absolute Priorität. Wir wollen, dass
344 **Baugrundstücke im öffentlichen Eigentum bleiben und von der Kommune**
345 **zurückgekauft** werden. Das gegenwärtige Bodenrecht führt zu Verteuerung und
346 Spekulation bei Bauland. Damit wird Wohnen, ein Grundbedürfnis der Menschen, für
347 Viele unerschwinglich.

348 Wir glauben daher, dass Bauland, ein knappes Gut und wesentlich für die
349 Daseinsvorsorge, grundsätzlich nicht in private Hände gehört. Wo es bereits in
350 öffentlichem Eigentum ist, darf es nicht privatisiert werden. Wo es in privatem Eigentum
351 ist, soll es nach Möglichkeit zurückgekauft werden. Zumindest aber darf es nicht dem
352 freien Spiel der Marktkräfte, und schon gar nicht der Spekulation, überlassen
353 werden. Dies ist durch Preiskontrolle und Auflagen bei der Bauerlaubnis zu
354 sichern. Insbesondere muss die Bauerlaubnis dazu verpflichten, einen angemessenen
355 Anteil erschwinglicher Wohnungen zu erstellen.

356 Da, wo es möglich und praktikabel ist, soll das **begrenzte Bauland per Erbpacht**
357 vergeben werden.

358 Zur Schaffung von Wohnraum müssen bundeseigene Baugrundstücke den Kommunen
359 günstiger und schneller zur Verfügung gestellt werden. Wir wollen die **zeitliche**
360 **Begrenzung der sozialen Bindung für sozialgeförderten Wohnraum aufheben,**
361 damit dieser unbegrenzt bezahlbar zur Verfügung steht.

362 Den sozialen Wohnungsbau für bestimmte Zielgruppen wollen wir auch darüber fördern,
363 dass Wohlfahrtsverbände, Genossenschaften und gemeinwohlorientierte soziale Träger

364 Bauland günstiger zur Verfügung gestellt bekommen und mehr finanzielle Unterstützung
365 zur Schaffung von zielgruppenspezifischem Wohnraum erfahren. Wir fordern die
366 Wiedereinführung der Wohngemeinnützigkeit inklusive der fiskalischen Bevorzugung.

367

368 Projekte wie „Housing-First“² sollen überall dort, wo sie notwendig sind, gefördert
369 werden.

370 Wir fordern die **Einführung einer Bodensteuer**, um das Zurückhalten von Bauland zur
371 spekulativen Wertsteigerung zu besteuern.

372 Wir fordern einen **Mietendeckel** und die Einführung von **Normmieten** für Wohnraum
373 sowie die **Begrenzung der Modernisierungsumlage**.

374 Wir fordern generelle **Verordnungen gegen Wohnraumzweckentfremdung**. Diese
375 müssen bundesweit bestehen. Der **Neubau von mindestens 400.000 bezahlbaren**
376 **Wohnungen pro Jahr** muss in die Tat umgesetzt werden, indem Staat, Bundesländer und
377 Kommunen gemeinsam an der Umsetzung arbeiten. Um den Wohnungsbau wieder
378 anzukurbeln, befürworten wir Superabschreibungen nach dem Vorbild des so genannten
379 Aufbau Ost. Diese sollen beschränkt werden auf Regionen, in denen die Mietpreisbremse
380 gilt. Die höchste Abschreibung soll für die Schaffung von Sozialwohnungen gelten.
381 Ebenso sollen Arbeitgeber*innen **Werkwohnungen** bauen. Auch den Bau von **Azubi-**
382 **Wohnheime** wollen wir stärken. Wir wollen die Möglichkeit der **Enteignung** bei
383 Wohnungsnot aktiv einsetzen.

384 Wohnraum und Gebäude, die aus spekulativen Gründen besonders in Großstädten leer
385 stehen, wollen wir für die Unterbringung von Wohnungslosen temporär nutzen.

386 Neben Steuererleichterungen brauchen wir zwingend Investitionszuschüsse, um den
387 gemeinnützigen Wohnungssektor zu stärken und einen relevanten Anteil des Marktes
388 dauerhaft preisgebunden zu gestalten. Dies bedeutet, dass wir gezielte Förderungen für

² Bei Obdachlosigkeit wird zunächst eine Wohnung vermittelt, danach kommt ein eventuell notwendiger Drogenentzug etc.



389 den Erwerb, die Modernisierung und die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum
390 benötigen.

391 Möbliertes Wohnen wird zu einem immer größeren Problem in den Metropolen und
392 Großstädten. Es braucht auf der Bundesebene dringend eine Regelung. Wohnungen in
393 schlechtem Zustand oft mit zu schlechten Möbeln werden zu überteuerten Mieten
394 angeboten. Hier braucht es klare begrenzende Regelungen.

395 Kommunen brauchen eine über das Bundesrecht hinausgehende Regelungsmöglichkeit,
396 um Mietsteigerungen zu begrenzen. Die Kommunen müssen entsprechend ermächtigt
397 werden. Das hat das Bundesverwaltungsgericht beim Berliner Mietendeckel gezeigt.
398 Ohne Ermächtigung des Bundes für die Länder können die Kommunen hier keine Grenzen
399 ziehen.

400 Kinder/Jugend/Bildung

401 Bildung ist ein Menschenrecht. Sie gewährleistet die Teilhabe am gesellschaftlichen,
402 politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben und trägt maßgeblich zum
403 demokratischen Zusammenhalt bei. Bildungschancen sind jedoch nicht gerecht verteilt:
404 In Deutschland entscheiden nicht allein die Fähigkeiten und der Bildungseifer der Kinder,
405 ob sie einen erfolgreichen Bildungsweg beschreiten, sondern viel zu oft die soziale
406 Herkunft und der Geldbeutel der Eltern. Die Sozialdemokratie hat sich zum Ziel gesetzt,
407 das **Grundrecht auf Bildung kostenfrei** zu gestalten, um einer Stigmatisierung von
408 Betroffenen, verbunden mit einer Entbürokratisierung und Schwellensetzungen,
409 entgegenzuwirken. Außerdem fordern wir daher endlich die Umsetzung einer
410 ordentlichen **Kindergrundsicherung** und die **Abschaffung des Kinderfreibetrags**. Zur
411 Umsetzung und zur Stärkung der kommunalen Bildungsinfrastruktur muss diese mit
412 ausreichend Finanzmitteln ausgestattet werden. In der frühkindlichen Bildung wird der
413 Grundstein für ein gutes Leben und eine erfolgreiche Bildungsbiografie gelegt. Deshalb
414 fordern wir, dass der Bund seiner Verantwortung für die Kitas im Land noch stärker gerecht
415 wird und zusätzliche Mittel für die Qualitätsverbesserung zur Verfügung stellt. Daher
416 fordern wir, dass der Bund gemeinsam mit den Bundesländern und Kommunen
417 **wissenschaftlich fundierte bundesweite Qualitätsstandards für die frühkindliche**
418 **Bildung** festlegt. Dabei wollen wir eine bessere Anerkennung von Ausfallzeiten von
419 pädagogischem Fachpersonal durch Urlaub, Weiterbildung und Krankheit erreichen, um
420 die zunehmenden kurzfristigen Öffnungszeitenreduzierungen und
421 Einrichtungsschließungen zu verringern. Zusätzlich bedarf es klarer Vorgaben für mehr
422 Sprachbildung und der Förderung weiterer Kompetenzbereiche wie digitale Bildung,
423 mathematisch-naturwissenschaftliche Kompetenzen oder Inklusion.

424 Wir wollen, dass Bildung entlang der gesamten Bildungsbiografie kostenfrei ist. Dazu
425 gehört für uns, dass **ein hochwertiges und gesundes Mittagessen bzw. Frühstück** in
426 den Bildungseinrichtungen kostenfrei zur Verfügung gestellt wird. Die Möglichkeit, an
427 Gemeinschaftsschulen bis zur 10. Klasse gemeinsam zu lernen, soll ausgebaut werden.

428 Ein **elternunabhängiges BAföG** ist für uns ein zentraler Baustein zu mehr
429 Bildungsgerechtigkeit. Unterschiedliche Leistungssysteme sind so zu verzahnen, dass
430 ein verlässliches, kohärentes, an den Notwendigkeiten orientiertes System entsteht. Im
431 Zusammenhang mit Bildung muss das **Kooperationsverbot** in allen Zusammenhängen
432 **durch ein Kooperationsgebot ersetzt** werden, um notwendige Finanzierungen und
433 Strukturierungen unter Nutzung der Möglichkeiten von Kommunen, Ländern und den
434 Bund miteinander und nicht in der Abgrenzung zueinander wirken zu lassen.

435 Angesichts des Fachkräftemangels fordern wir eine **Ausbildungsumlage**, um alle
436 Unternehmen in die Verantwortung für die Ausbildung einzubeziehen und den
437 **Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz langfristig zu sichern**. Gleichzeitig
438 müssen die hohen Standards der Dualen Ausbildung auch für Duale Studiengänge im
439 Berufsbildungsgesetz (BBiG) verankert werden, um gleiche Qualität und Schutz zu
440 gewährleisten. Die **Gleichstellung von beruflicher und akademischer Bildung** ist
441 essenziell, damit Weiterbildung in Deutschland einen höheren Stellenwert bekommt.

442 Wir begrüßen, dass dank der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung mit dem
443 **Startchancenprogramm** das größte bildungspolitische Vorhaben der letzten Jahre
444 umgesetzt werden konnte. Diesem guten Beispiel folgend fordern wir, dass das dort
445 festgeschriebene Finanzierungsmodell nach Sozialindizes auch für andere
446 Fördervorhaben des Bundes an Bildungseinrichtungen gilt: Fördergelder mit der
447 Gießkanne zu verteilen, ist nicht zielführend. Neben einer Ausweitung des Startchancen-
448 Programms auf mehr Schulen setzen wir uns dafür ein, dass **auch für die Kitas ein**
449 **eigenes Startchancen-Programm** initiiert wird und damit gerade den Einrichtungen, die
450 einen höheren Anteil an Kindern in herausfordernden Lebenslagen betreuen, zusätzliche
451 Ressourcen zur Verfügung stehen.

452 Demokratie- und Politische Bildung ist mehr als das Erlernen von realpolitischen
453 Prozessen. Es geht darum, einen gesellschaftspolitischen Kompass zu entwickeln, um
454 ein Verständnis für Recht und Unrecht zu erlangen und es geht darum zu erlernen, wie
455 man sich „einbringen“ kann, um die eigenen Interessen zu vertreten, um so am

456 gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Deswegen muss **politische Bildung in formalen**
457 **und non-formalen Bildungsorten gestärkt** werden.

458 In den Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe, wie etwa den Jugendverbänden, findet
459 genau diese non-formale Bildung statt. Gleichzeitig sind sie Orte der Demokratie und der
460 Selbstorganisation, in denen Kinder wichtige Werte erlernen, um sich in eine
461 demokratische Gesellschaft einzubringen und gleichzeitig auch unverzweckt ihre Freizeit
462 verbringen zu können. Die Vermittlung von Basiskompetenzen muss bereits im letzten
463 Kita-Jahr, besonders aber in den ersten Schuljahren im Fokus stehen, ohne dass
464 musisch-kreative Fächer oder der Sportunterricht gekürzt werden. Kinder und
465 Jugendliche müssen kognitiv auf verschiedensten Ebenen gefordert und gefördert
466 werden.

467 Wir brauchen deutlich **mehr Personal an allen Bildungseinrichtungen** und müssen
468 dafür die jeweiligen Ausbildungen attraktiver machen und die **Arbeitsbedingungen**
469 **verbessern**: Erzieher*innen tragen genau wie Lehrer*innen maßgeblich zur Bildung
470 unserer Jüngsten bei und müssen dafür erstklassig ausgebildet und angemessen bezahlt
471 werden. Wir fordern deshalb, dass der Bund ein weiteres Investitionsprogramm für den
472 **bedarfsgerechten Kitaplatz-Ausbau** sowie einer bundesweit koordinierten
473 Fachkräfteoffensive auflegt, damit sichergestellt wird, dass jede Familie, die einen
474 Betreuungsplatz sucht, auch einen findet. Ebenso sollten die Ganztagschulen adäquat
475 mit personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet werden. Der **Kinder- und**
476 **Jugendplan muss dementsprechend bedarfsgerecht und dynamisch ausgestaltet**
477 werden.

478 Wir wollen, dass Bildungsangebote so ausgestaltet sind, dass junge Menschen auf ein
479 Leben in einer digitalisierten Welt vorbereitet sind. Dazu gehört eine entsprechende
480 Medienkompetenz ebenso wie das Erlernen informatischer Grundkenntnisse. Schulen
481 müssen technisch so ausgestattet werden, dass sie das digitale Zeitalter abbilden
482 können. Wir wollen selbstverständlich, dass die Lehramtsaus- und Weiterbildung sowie
483 die Aus-, Fort-, und Weiterbildung von pädagogischen Fachkräften inhaltlich und
484 methodisch entsprechend modernisiert wird.



485 Forschung und Wissenschaft sind Aushängeschilder des deutschen Bildungssystems.
486 Wir wollen vor allem die oft vernachlässigte sozial- und geisteswissenschaftliche
487 Forschung stärken.

488 Allgemein gilt, wer ausreichend Personal in Bildung und Erziehung haben will, muss für
489 **attraktive Aus-, Fort,- und Weiterbildung sowie für beste Arbeitsbedingungen** sorgen.
490 Dazu gehört in einer sich transformierenden Arbeitswelt ausdrücklich die Arbeits-,
491 Produktions- und Dienstleistungsforschung. Gleiches gilt für die Friedens- und
492 Konfliktforschung, die angesichts der globalen Krisen von immenser Wichtigkeit ist.

493 Flucht und Migration

494 Für die Sozialdemokratie bedeutet Europa seit jeher Solidarität und Zusammenhalt. Sie
495 schließt seit jeher Migrant*innen, die hier eine neue Heimat suchen, ein. Europa ist ein
496 Kontinent der Einwanderung, wie Deutschland ein Einwanderungsland ist. Für uns heißt
497 das folgendes:

498

499 Asylpolitik

500 Eine solidarische europäische Asylpolitik ist notwendig und die einzige zukunftsfähige
501 Lösung. Wir lehnen eine „Festung Europa“ und die unmenschlichen Zustände an den
502 europäischen Außengrenzen ab. Die Mittelmeerstaaten tragen einen
503 unverhältnismäßigen Anteil der Herausforderungen in der Flüchtlingsaufnahme,
504 weshalb eine **gerechte Verteilung der Herausforderungen innerhalb Europas**
505 erforderlich ist.

506

507 Wir setzen uns für die Festlegung europaweit **einheitlicher Mindeststandards bei der**
508 **Versorgung und Unterbringung von Geflüchteten** ein. Außerdem soll aufnahmewilligen
509 **Kommunen** – auch in Ländern, die bislang solidarische Lösungen ablehnen, wie Ungarn
510 – **finanzielle und strukturelle Unterstützung** zur Verfügung gestellt werden, um deren
511 Engagement in der Flüchtlingsintegration zu stärken.

512 Frontex muss abgeschafft werden und durch ein einheitliches
513 menschenrechtsorientiertes Grenzverfahren ersetzt werden. Es ist inakzeptabel, dass
514 Grenzschutzmaßnahmen Menschen auf Flüchtlingsbooten zurück ins Meer treiben –
515 denn Asyl ist ein grundlegendes Menschenrecht. Die **Bearbeitung von Asylanträgen**
516 **muss innerhalb der Europäischen Union** erfolgen, um den Schutz der Menschenrechte
517 der Geflüchteten zu gewährleisten. Wir lehnen die derzeitige Ausgestaltung des
518 Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) ab und fordern, dass die Bearbeitung

519 von Asylanträgen innerhalb der EU erfolgt, wobei den Antragsteller*innen
520 uneingeschränkter Zugang zu rechtlichen Verfahren gewährt wird.

521 GEAS sollte eine neue Form der Solidarität innerhalb der Europäischen Union fördern. Wir
522 treten dafür ein, dass die EU ihre bestehenden Mechanismen konsequent nutzt, um
523 Sanktionen gegen Mitgliedstaaten zu verhängen, die sich einer fairen Verteilung von
524 Verantwortung verweigern. Die Präsidentin bzw. der Präsident der Europäischen
525 Kommission muss die Wahrung des Rechts sicherstellen und die Einhaltung
526 gemeinschaftlicher Verpflichtungen durchsetzen.

527 Die EU muss zudem ihre Rolle als Friedensprojekt ernst nehmen und sich aktiv für die
528 **Bekämpfung von Fluchtursachen** einsetzen, sodass Menschen in ihren Heimatländern
529 Perspektiven für sich und ihre Familien finden und in Sicherheit leben können.
530 Fragwürdige Abkommen, wie das mit der Türkei, lehnen wir in der jetzigen Form ab und
531 fordern eine kritische Überprüfung.

532 Der Klimawandel hat vielfältige und weitreichende Konsequenzen, zu denen auch das
533 Phänomen der **Klimaflucht** gehört. Eine wesentliche Herausforderung besteht darin, den
534 Begriff „Klimaflüchtlinge“ als rechtlich anerkannte Kategorie zu etablieren, um ihn von
535 anderen Formen und Ursachen der Flucht abzugrenzen und hierzu effektive Maßnahmen
536 zu entwickeln. Es ist dringend erforderlich, sich systematisch damit
537 auseinanderzusetzen, wie globale Migrationsbewegungen in Folge klimatischer
538 Veränderungen bewältigt werden können. Nur durch internationale Initiativen und
539 Maßnahmen zur **Ursachenbekämpfung** lassen sich langfristig sichere Perspektiven
540 schaffen. Hierfür setzen wir uns ein. Niemand sollte gezwungen sein, seine Heimat zu
541 verlassen, um eine bessere Zukunft zu finden. Multilateralismus und Solidarität müssen
542 gestärkt werden, um Lösungen für die tief verwurzelten Ursachen von Flucht und
543 internationaler Ungleichheit zu schaffen. Jeder Mensch hat das Recht, ein gutes Leben
544 aufzubauen – und das muss Leitprinzip unserer politischen Ansätze sein.

545 Im Hinblick auf Klimaflüchtlinge fordern wir die **Einrichtung eines internationalen**
546 **Fonds**, der menschenwürdige Bedingungen für diejenigen schafft, die von klimatischen

547 Katastrophen betroffen sind, und ihnen eine menschenwürdige Existenz in ihrer Region
548 ermöglicht. Die Finanzierung dieses Fonds soll durch eine **globale Vermögenssteuer**
549 erfolgen, da die Superreichen überproportional zur Zerstörung des Klimas beitragen und
550 ihre Vermögen häufig eng mit umweltschädlichen Praktiken verknüpft sind. Es ist an der
551 Zeit, globale Solidarität zu zeigen und gerechte Lösungen zu schaffen, um die
552 Auswirkungen der Klimakrise zu mindern.

553 Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass Länder und Kommunen die
554 Verantwortung bei der Unterbringung und Integration der Geflüchteten **ausreichende**
555 **finanzielle Unterstützung erhalten**. Statt Abschiebungen sollen mehr
556 **Integrationsmöglichkeiten** durch Arbeit und Bildung geschaffen werden, um eine
557 Aufenthaltsberechtigung zu erwerben für sogenannte „Geduldete“. Die **Bereitstellung**
558 **von Infrastruktur** für Sprachkurse, Integrationsmaßnahmen und Unterstützung sind
559 dabei eine notwendige Investition in die Zukunft. Wir engagieren uns dafür, dass der Bund
560 seine Zusagen zur Bereitstellung von Sprachkursen einhält und diese Maßnahmen
561 darüber hinaus weiter ausbaut.

562

563 Einwanderungspolitik

564 Einwanderung ist eine Normalität, die es schon immer gab und die auch in Zukunft
565 fortbestehen wird. Für uns erfordert die Gestaltung dieses Bereichs eine
566 sozialdemokratische Haltung auf nationaler und europäischer Ebene.

567 Wir setzen uns für die Einführung eines unkomplizierten **Europäischen**
568 **Einwanderungsgesetzes** ein, das Menschen reale Perspektiven bietet und
569 Einwanderung nicht ausschließlich an wirtschaftlichen Interessen orientiert.
570 **Humanitäre Visa** müssen dabei ebenfalls bedacht werden. Bis wir dies erreicht haben,
571 muss die **zivile Seenotrettung** auf dem Mittelmeer entkriminalisiert und gestärkt
572 werden, um zu verhindern, dass Menschen bei der Flucht ertrinken.

573 Europa und Deutschland benötigen qualifizierte Fachkräfte. Wir setzen uns für eine
574 **Vereinfachung und Digitalisierung** der oft langwierigen und bürokratischen Verfahren
575 zur **Anerkennung von Bildungsabschlüssen und Berufsqualifikationen** ein, die in
576 verschiedenen Sprachen zugänglich gemacht werden sollten. Zudem arbeiten wir für den
577 **Ausbau von Kapazitäten, um die Einwanderungsverfahren** sowohl in den deutschen
578 Auslandsvertretungen als auch bei den zuständigen Behörden im Inland **effizienter zu**
579 **gestalten**. Wir halten es für geboten, die Asyl- und Migrationspolitik auf dem Niveau
580 der im Grundgesetz und in den Gesetzbüchern festgelegten Standards zu halten. Wir
581 lehnen das paranoide Hochschaukeln dieser Themen und die pauschale Verurteilung
582 und versuchte Aburteilung von Migrant*innen und Asylbewerber*innen durch
583 Verschärfungen und Sanktionen in Politik, Medien und Gesellschaft aufgrund von
584 tragischen, aber dennoch immer noch sehr wenigen Einzelfällen im Jahr 2024 ab.
585 Straftäter*innen müssen wie allgemein üblich der Rechtsprechung überführt und in
586 Deutschland abgeurteilt und bestraft, nicht jedoch abgeschoben werden. Wir setzen auf
587 ein positives Menschenbild und eine plurale, bunte und tolerante Gesellschaft. Migration
588 ist notwendig. Wir **lehnen** deshalb **Verschärfungen** insbesondere **des Asylrechts ab**,
589 weil es Deutschland schon aufgrund seiner Geschichte und seiner Rolle als Rechtsstaat
590 gut zu Gesicht steht, Asyl und Migration ernst zu nehmen. Rechte Tendenzen der
591 konservativen Parteien und der Rechtsradikalen und Rechtsextremist*innen bekämpfen
592 wir aufs Schärfste. Auch im Bildungs- und Erziehungswesen erstreben wir mehr Angebote
593 zur Entwicklung toleranter Umgangsweisen und Sensibilität mit diesen Themen. Ein
594 Verbot rechtsradikaler und rechtsextremer Parteien sowie die Bestrafung politischer und
595 gesellschaftlicher Einzelpersonen ist in diesen Fällen in Erwägung zu ziehen. Das Internet
596 und die sozialen Medien wie auch die journalistischen Medien müssen kontrolliert
597 werden. Bei Zuwiderhandlungen gegen diese in den Gesetzen verankerten
598 Grundsätze müssen harte Konsequenzen gezogen und ggf. Strafen verhängt werden. Das
599 Recht auf Prüfung von Asyl bleibt grundsätzlich allen Menschen aller Nationen,
600 Religionen, Kulturen und Geschlechtern offen.

601 Auf der einen Seite Fachkräfte anzuwerben und damit in bestimmten Ländern für sog.
602 Brain Drain zu sorgen und auf der anderen Seite Menschen (in die gleichen Länder)
603 abzuschieben ist nicht verständlich. Der Spurwechsel der Ampelregierung war ein guter
604 Schritt für Menschen, die bereits hier sind und arbeiten wollen. Solche Konzepte sollten
605 dauerhaft implementiert werden. Eine Trennung in Asylverfahren und
606 Arbeitseinwanderung ist in der Form, wie heute gehandhabt, nicht mehr zeitgemäß.

607 Das zentrale Problem ist die Ungleichheit – sowohl global als auch innerhalb der
608 deutschen Gesellschaft. Die SPD darf sich nicht auf Narrative einlassen, die die
609 Schwächsten der Gesellschaft gegeneinander ausspielen. Die Auseinandersetzung
610 findet zwischen oben und unten statt.

611 Menschen migrieren infolge von Ausbeutung, Hunger und kriegerischen
612 Auseinandersetzungen. Und die materiellen Sorgen und Probleme in der deutschen
613 Gesellschaft resultieren nicht aus einer hohen Zahl von Migrant*innen, sondern aus einer
614 unzureichenden und ungerechten Verteilung von Ressourcen. Weder Rentner*innen,
615 Mieter*innen noch Arbeitnehmer*innen werden finanziell profitieren, wenn
616 Migrant*innen weniger Mittel zur Verfügung haben. Vielmehr ist eine gerechte
617 Umverteilung der Schlüssel zu sozialer Stabilität und wirtschaftlicher Sicherheit für alle.

618 Wir lehnen Scheindebatten entschieden ab und orientieren uns stattdessen an den
619 Vorgaben internationaler Konventionen und des Grundgesetzes.

620 Im Rahmen des Programms Erasmus+ wollen wir für Fachkräfte der frühkindlichen
621 Bildung bundesweit Strukturen schaffen, die es Studierenden an sozialpädagogischen
622 Fachschulen und Fachakademien ermöglichen sollen, Einblicke in frühpädagogische
623 Einrichtungen in Europa zu gewinnen und durch Werkzeuge wie „eTwinning“ eine
624 niederschwellige Vernetzung und Austausch ermöglichen. Frühpädagogische
625 Fachkräfte, besonders in grenznahen Regionen, werden durch kommunale
626 Städtepartnerschaften unterstützt und darin begleitet, sich grenzüberschreitend zu
627 vernetzen. Die Kommunen und Landkreise fördern zudem Konzepte für

628 alltagsintegrierten, niederschweligen Spracherwerb, um die Mobilität
629 fröhpädagogischer Fachkräfte in Europa zu erhöhen.

630 Frieden und Internationales

631 Zeitenwende erfordert Strategiewechsel jetzt

632 Wir leben in einem unsicheren Jahrzehnt, in dem lang geglaubte Sicherheiten wieder ins
633 Wanken geraten. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und der eskalierende Krieg in
634 Nahost finden inmitten einer Spirale der Aufrüstung statt. Die damit verbundenen hohen
635 Ausgaben für Waffen fehlen auf der anderen Seite für soziale Belange.

636

637 Zivile Konfliktlösungen

638 Die SPD hat sich immer als Friedenspartei verstanden, die Frieden nicht nur propagiert,
639 sondern aktiv gestaltet. Wir sind stolz auf die vergangene Entspannungspolitik der SPD,
640 die Spannungen in Europa abgebaut und zum Frieden in Europa beigetragen hat. Diese
641 Politik muss wieder konsequent verfolgt werden.

642 Wir setzen auf eine **Demilitarisierung** der internationalen Politik und auf eine Stärkung
643 der Vereinten Nationen. Die Rolle Deutschlands muss es sein, sich für **diplomatische**
644 **Lösungen und die Deeskalation** der aktuellen Konflikte einzusetzen, indem es sich für
645 Verhandlungen über Waffenstillstandsabkommen und die Beendigung der Kriege
646 einsetzt.

647 Wir sprechen uns für einen grundlegenden **Perspektivwechsel** von einem vorrangig
648 sicherheitspolitisch geprägten Denken hin **zu einem friedenspolitischen** zivilen und auf
649 die Verwirklichung der UN-Entwicklungsziele orientierten **Ansatz** aus. Wir setzen auf
650 Friedensfähigkeit statt auf Kriegstüchtigkeit* Die Bundeswehr soll entsprechend für UN-
651 Peacekeeping-Missionen ausgebildet werden, da diese bisher zu häufig aus Soldat*innen
652 bestehen, die dafür nicht adäquat ausgebildet sind.

653 Statt des 2-Prozent-Ziels der NATO streben wir den Ausbau des zivilen Friedensdienstes
654 und die deutliche **Erhöhung der Haushaltsmittel für die Programme zur zivilen**
655 **Konfliktlösung und Krisenprävention** durch die Bundesregierung an. Es bedarf besserer



656 finanzieller und personeller Unterstützung von zivilen Missionen der OSZE und der EU, die
657 Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit mit den Staaten der Östlichen
658 Partnerschaft einschließlich Russlands, Friedensmediation durch entsprechende
659 Expert*innen und die Unterstützung von Organisationen, die in Konfliktgebieten
660 Zivilist*innen durch unbewaffnete Begleitprogramme vor Angriffen schützen.

661 Eine Wiedereinsetzung der Wehrpflicht lehnen wir ab. Eine Werbung der Bundeswehr an
662 Schulen lehnen wir ab. Wir setzen stattdessen auf Friedenserziehung.

663 Wir wenden uns gegen jede Vermischung von militärischer und ziviler Forschung. Die
664 Vergabe von Bundesmitteln darf nicht die Forschungsfreiheit einschränken und zur
665 Lenkung von Wissenschaft zu militärisch verwendbaren Zwecken beitragen.

666

667 **Rüstungsexporte und Abrüstung**

668 Rüstungsexporte in Krisengebiete lehnen wir ab. Es ist eine Liste der Länder zu erstellen,
669 in die Deutschland keine Waffen liefert. Generell hat der Deutsche Bundestag über alle
670 Waffenexporte zu entscheiden. Mittel- und langfristig ist ein genereller **Stopp von**
671 **Waffenexporten** unser Ziel.

672 Wir wollen uns dafür einsetzen, das Wettrüsten zu stoppen und das System der
673 Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge wieder aufzubauen. Auf europäischer Ebene
674 wollen wir die **Rüstungsausgaben um 10 Prozent senken**, auf nationaler Ebene wollen
675 wir den **Verteidigungshaushalt auf 1 Prozent reduzieren**.

676 Der Atomwaffensperrvertrag ist durch die Einhaltung der darin zugesagten
677 Verpflichtungen der Atommächte zur Abrüstung der Atomwaffen zu stärken. Deutschland
678 soll außerdem möglichst schnell den **UN-Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen**.
679 Für Mitteleuropa fordern wir eine atomwaffenfreie Zone.

680 Die US-amerikanischen Atomwaffen sollen aus Deutschland abgezogen werden. Die
681 Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in Deutschland lehnen wir ab. Sie steigern



682 die Risiken von Fehlreaktionen und gefährden die Sicherheit in Europa massiv. Sie
683 machen insbesondere Deutschland als Stationierungsgebiet zu einem potenziellen
684 Angriffsziel. Ein neuer Rüstungswettlauf stünde bevor.

685 Wir fordern, dass Deutschland sich für ein internationales Verbot autonomer
686 Waffensysteme und bewaffneter Drohnen stark macht.

687 **Wirtschaft, Klima und Umwelt**

688 **Umwelt und Klimaschutz**

689 Für uns ist es zentral, eine ambitionierte Umwelt- und Klimapolitik sozial, also für jeden
690 bezahlbar, zu gestalten.

691

692 *CO2-Bepreisung*

693 Um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen, muss Deutschland **bis**
694 **spätestens 2050 vollkommen treibhausgasneutral** sein.

695 Wir fordern eine **CO2-Steuer** von anfangs mindestens 35 Euro pro ausgestoßener Tonne
696 CO₂, die dann sukzessive an die realen Schadenskosten von rund 180 Euro die Tonne
697 CO₂ anwachsen würde. Als Kompensation wollen wir ein **sozial gestaffeltes Klimageld**
698 einführen, sodass Menschen mit geringen Einkommen mehr Unterstützung bekommen.

699 Wir fordern auch ein massiv verstärktes Engagement im **Loss-and-Damages-Fonds**, der
700 besonders betroffenen Ländern im globalen Süden helfen soll, Schäden durch den
701 Klimawandel zu beseitigen und zu vermeiden. Die Mittel hierzu dürfen nicht der Masse
702 der Normal- und Geringverdienenden aufgebürdet werden, sondern müssen von den (ja
703 besonders umweltschädigend agierenden) Reichen und Überreichen eingefordert
704 werden.

705

706 *Verkehr und Mobilität*

707 Wir wollen eine **Investitionsoffensive in den Güter- und Bahn-Fernverkehr, den ÖPNV,**
708 **in Radwege und die Technologien der Zukunft.** Das Angebot der Bahn wollen wir massiv
709 ausbauen, um Inlandsflüge bis 2030 abzuschaffen. Wir wollen die Preise der öffentlichen
710 Schienenverkehrsmittel kurz-, mittel und langfristig senken, um die soziale Teilhabe zu



711 gewährleisten. Der Kraftfahrzeug- und LKW-Verkehr muss hingegen aus vernünftigen
712 ökologischen und wirtschaftlichen Gründen eingeschränkt werden.

713 Das **9-Euro-Ticket** wollen wir **wieder einführen**. Unser langfristiges Ziel ist ein
714 **kostenloser ÖPNV**. Umweltschädliche Subventionen wie das Dienstwagenprivileg
715 wollen wir abschaffen.

716

717 *Planungswende im Städtebau hin zur sozial-ökologischen Stadtplanung*

718 Um Klimaneutralität im Bestand zu erreichen, sprechen wir uns für eine
719 **flächendeckende Gebäudesanierung** aus, die sozialverträglich gestaltet werden muss,
720 z.B. durch Abschaffung (oder Reduzierung auf z.B. 5%) der Modernisierungsumlage
721 zulasten der Eigentümer*innen. Wir sprechen uns für eine Förderung neuer innovativer
722 Konzepte für klimaneutrale Neu- und Umbauten aus. Dazu gehören z.B. energieautarke
723 Gebäude mit energieproduzierenden Einheiten (Mieter-Solar-Strom).

724

725 *Energiewirtschaft*

726 Der stockende **Ausbau der Erneuerbaren Energien** muss wieder in Fahrt gebracht
727 werden. Deshalb wollen wir **Anwohner*innen und Kommunen besser finanziell an den**
728 **Einnahmen beteiligen** und die Abgaben und Umlagen beim Eigenverbrauch wie auch
729 beim Mieter*innenstrom auf das Notwendigste begrenzen. Herzstück einer erneuerbaren
730 Versorgung mit Strom und Wärme müssen kommunale Stadtwerke und
731 Bürger*innengenossenschaften sein. Energie ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge
732 und darf nicht dem freien Spiel der Märkte unterworfen werden.

733

734 *Landwirtschaft und Natur*

735 Die **Agrarpolitik** wollen wir durch eine radikale Wende **am Gemeinwohl ausrichten**.
736 Dazu muss die **klima- und artgerechte Tierhaltung** gestärkt und die industrielle

737 Massentierhaltung (zum Beispiel in zu engen Ställen und Käfigen) abgeschafft werden.
738 Tierquälende Praktiken wie Gänsestopfleber, Qualzuchten müssen gestoppt und die
739 Haltungsbedingungen deutlich verbessert werden. Wir müssen Wege zu einer
740 artgerechten Haltung in einer ökologisch sinnvollen Umgebung finden.

741 Der Flächenaufkauf von landwirtschaftlich betriebenen Flächen durch Großkonzerne
742 muss begrenzt werden.

743 Die europäische Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) muss dahingehend reformiert werden,
744 dass pauschale Direktzahlungen schrittweise abgebaut und durch gezielte **Förderung**
745 **von Umwelt-, Klima-, Biodiversität- und Tierschutzleistungen** ersetzt werden.

746

747 **Wirtschaft**

748 Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen. Diesen Anspruch darf die SPD nicht
749 aufgeben. Das heißt, die Wirtschaft trägt Verantwortung für das Wohlergehen der
750 Menschen. Entsprechend müssen Corporate Social Responsibility und das
751 **Lieferkettengesetz** verbessert werden, indem etwa

- 752 • in den Lieferketten existenzsichernde Löhne und Einkommen gewährleistet
753 werden
- 754 • effektive Klagemöglichkeiten für Betroffene von Menschenrechtsverstößen
755 gesichert werden
- 756 • auch kleine und mittelständische Unternehmen in die Pflicht genommen werden.

757

758 *Europäische öffentliche Investitionen erhöhen*

759 Europäische Investitionen in Klimaneutralität und Schlüsseltechnologien müssen massiv
760 ausgebaut werden. Investitionsprogramme sollten grundsätzlich europäisch geplant
761 werden. Gleichzeitig benötigt insbesondere das EU-Beihilferecht dringend ein Update.

762

763 *Investitionen in Klimaschutz über Industrieförderung*

764 Steuergutschriften, Abschreibungen & Klimaschutzverträge bieten eine besondere
765 Möglichkeit der Förderung: Über Superabschreibungen & Steuergutschriften sollten
766 Anreize für **klimaschonende Investitionen** gesetzt werden. Die Effekte von
767 Klimaschutzverträgen sollen zudem weiter verstärkt geprüft und bei gut funktionierender
768 Wirkung ausgeweitet werden.

769

770 *Tragfähige Energie- und Strompreise*

771 Der massive Ausbau der in der Erzeugung wesentlich günstigeren erneuerbaren
772 Energieträger und ein auf den Einsatz von Erneuerbaren ausgerichtetes Markt-Design sind
773 deshalb für langfristig niedrige Preise elementar. Für niedrige Produktionspreise ist
774 zudem ein Industriestrompreis absolut erforderlich; dieser darf nicht mehr als 7 ct/kwh
775 betragen.

776

777 *Infrastrukturoffensive*

778 Die Infrastruktur in Deutschland wurde zu lange vernachlässigt und muss daher dringend
779 ausgebaut werden. Das beinhaltet unter anderem den Ausbau von Breitband,
780 Stromtrassen, Bahntrassen und Wasserstoffinfrastruktur.

781

782 *Abschaffung der Schuldenbremse*

783 Wir wollen die **Schuldenbremse abschaffen**. Bis dies erreicht ist, wollen wir, dass
784 **mindestens öffentliche Nettoinvestitionen** (etwa in Infrastruktur und Bildung) **von der**
785 **Schuldenbremse ausgenommen** werden, da Investitionsausgaben in diesen Bereichen
786 auch künftigen Generationen zugutekommen. Darüber hinaus wollen wir einen
787 dauerhaften Transformationsfonds für Klimaschutz und Schlüsselindustrien einrichten.

788 Die Hans Böckler Stiftung hat analysiert, dass der deutsche Staat in den kommen zehn
789 Jahren jährlich 60 Milliarden Euro in Infrastruktur, Wirtschaft und Gesellschaft zusätzlich
790 investieren müsste, um das Land zukunftsfähig zu machen.

791

792 *Fachkräftemangel bekämpfen*

793 Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, müssen wir zum einen die **Einwanderung**
794 **von Fachkräften erleichtern**, indem wir die Visavergabe effizienter machen und
795 beschleunigen und die Anerkennung der im Ausland erworbenen Abschlüsse
796 vereinfachen, zum anderen müssen wir die **Frauenerwerbstätigkeit** erhöhen, indem wir
797 etwa die Kinderbetreuung ausbauen und verbessern. Zudem müssen wir Geflüchteten
798 ermöglichen, so schnell wie möglich eine Arbeit aufzunehmen.

799

800 *Schlüsselindustrien bei der Transformation unterstützen*

801 Automobil-, Stahl-, Chemie- und weitere sind Kernindustrien der Deutschen Wirtschaft
802 mit guten tariflichen Arbeitsplätzen. Auf ihrem Weg in die Klimaneutralität müssen wir sie
803 stärken.

804

805 *Gute Arbeit*

806 **Industrieförderung** muss **an die Erfüllung der Standards guter Arbeit** (definiert nach
807 dem DGB-Index für Gute Arbeit) **geknüpft** werden. Wer von Investitionsprogrammen,
808 Subventionen oder Förderprogrammen profitiert, muss tariflich organisiert sein,
809 Elemente der Mitbestimmung stärken und den Beschäftigten einen guten Lohn sowie
810 gute Arbeitsbedingungen bieten.

811

812 Gerechte Steuern

813 Das Steuersystem vergrößert schon bestehende Ungerechtigkeiten, Daher ist es wichtig,
814 dieses zu reformieren. Wir wollen auf der einen Seite kleine und mittlere Einkommen
815 steuerlich entlasten und sehr hohe Einkommen auf der anderen Seite stärker belasten.
816 Dafür soll der Grundfreibetrag erhöht werden, den Spitzensteuersatz wollen wir auf 49
817 Prozent erhöhen.

818 Die Abgeltungssteuer, also die Besteuerung von Kapitalerträgen und Zinseinkünften,
819 wollen wir wie Arbeitseinkommen besteuern.

820 Wir wollen eine Vermögens- und Erbschaftssteuer, deren Bemessungsgrundlage bei
821 natürlichen und juristischen Personen das Nettogesamtvermögen, das präzise definiert
822 wird, ist. Ab einem Nettogesamtvermögen von einer Millionen Euro wollen wir 1 Prozent
823 erheben, ab 20 Millionen Euro 1,5 Prozent, ab 100 Millionen 1,75 Prozent und ab 1
824 Milliarde Nettogesamt vermögen wollen wir 2 Prozent erheben. Bei
825 Zusammenveranlagung bei Ehegatten oder Lebenspartnerschaften verdoppelt sich der
826 Freibetrag.